



Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 01.03.2023, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

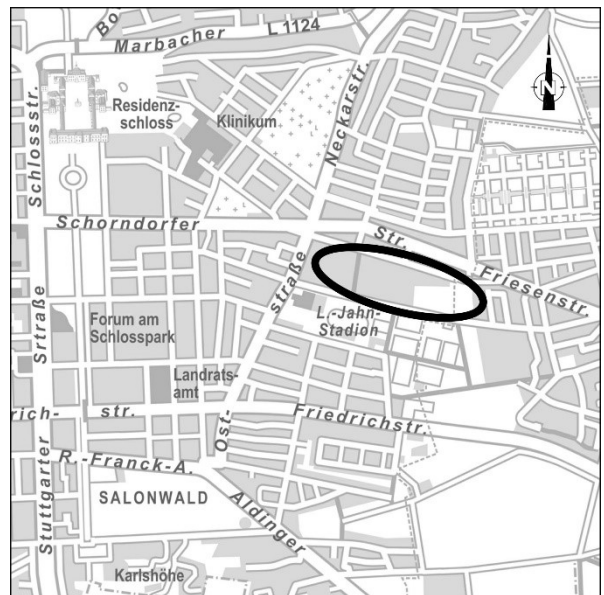
ÖFFENTLICH

TOP 1 **Flächennutzungsplanänderung Nr. 32**
"Fuchshof"
- Auslegungsbeschluss

Vorl.Nr. 397/22

Beschluss:

- I. Dem Entwurf der Flächennutzungsplan-
änderung Nr. 32 „Fuchshof“ in Ludwigsburg wird
zugestimmt. Maßgebend ist der Plan des
Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung
vom 19.12.2022 (Anlage 1). Es gilt die
Begründung vom 19.12.2022 (Anlage 2).
- II. Der Bericht über die im Rahmen der frühzeitigen
Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB
sowie der frühzeitigen Beteiligung der Behörden
und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach
§ 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen
Stellungnahmen wird zur Kenntnis genommen
(Anlage 3). Die abschließende
Abwägungsentscheidung über die
eingegangenen Stellungnahmen bleibt dem
Feststellungsbeschluss vorbehalten.
- III. Die Verwaltung wird beauftragt, den Entwurf der Flächennutzungsplanänderung gem. § 3 (2)
BauGB öffentlich auszulegen und die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger
öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB einzuholen.



Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

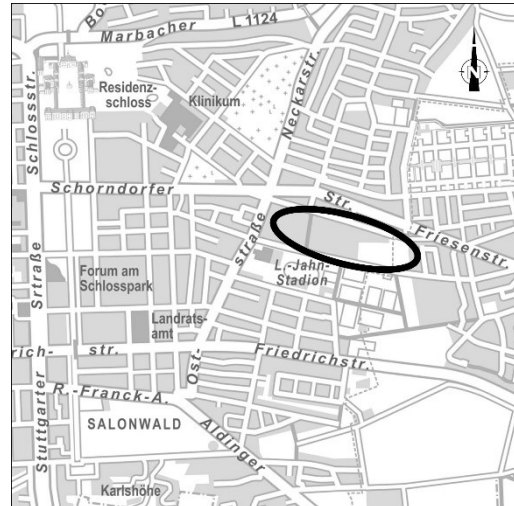
- Stadtrat Eisele
- Stadtrat Heer
- Stadtrat Raasch
- Stadträtin Dr. Traub
- Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

Vgl. Beratungslauf zu Tagesordnungspunkt 2.

Abweichender Beschluss:

- I. Dem Entwurf des Bebauungsplanes „Wohnpark Fuchshof“ Nr. 045/02 mit integrierter Satzung über örtliche Bauvorschriften wird zugestimmt. Maßgebend sind der Bebauungsplanentwurf (zeichnerischer Teil - Anlage 1), sowie die textlichen Festsetzungen (Anlage 2) und die Begründung (Anlagen 3.1 und 3.2), jeweils mit Datum vom 20.12.2022.



- II. Ziele der Planung: Die Grundlage des Bebauungsplanentwurfs bildet das beschlossene städtebauliche Konzept und die Fachkonzepte. Die zentralen Flächen der Wohngebietsentwicklung und der grünen Fuge, sowie Teile des Sportparks Ost südlich der Fuchshofstraße und die Freiflächen des Grünen Rings Nord müssen deshalb in verbindliches Planungsrecht überführt werden. Durch Erstellung des Bebauungsplans „Wohnpark Fuchshof“ soll eine geordnete städtebauliche Entwicklung als Ziel einer maßvollen Wohnnutzung und die Schaffung von erlebbaren Freiflächen gefördert werden. Mit der vorliegenden Planung soll die planungsrechtliche Grundlage für eine städtebauliche Entwicklung und Neuordnung der überwiegend brachgefallenen Flächen und für eine maßvolle bauliche Entwicklung in Innenstadtnähe geschaffen werden.
- III. Der Bericht über die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen wird zur Kenntnis genommen (Anlage 4). Die abschließende Abwägungsentscheidung über die eingegangenen Stellungnahmen bleibt dem Satzungsbeschluss vorbehalten.
- IV. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bebauungsplan und die Begründung gem. § 3 (2) BauGB öffentlich auszulegen und die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB einzuholen.

V. Die Verwaltung wird vor der Vermarktung der Baufelder 32 und 36 in Baucluster 2 (siehe Eintragung in der Planzeichnung, Anlage 1.1) über die Entwicklung der Parkierungssituation informieren.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 27 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Eisele
- Stadtrat Heer
- Stadtrat Raasch
- Stadträtin Dr. Traub
- Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

Die Beratung erfolgt im Sachzusammenhang gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 1.

OBM **Dr. Knecht** begrüßt die Anwesenden zur Sitzung. Nachdem seitens des Gremiums keine Einwände zur Tagesordnung vorgebracht werden, eröffnet er die Sitzung und ruft die Tagesordnungspunkte 1 und 2 auf.

Zu Beginn der Beratung wird ein Film zum künftigen Baugebiet gezeigt.

OBM **Dr. Knecht** verweist anschließend auf die Vorberatung im Bauausschuss am 09.02.2023. BMin **Schwarz** erläutert den Verlauf der Vorberatung und weist auf die unter Ziff. V. geänderte Beschlussempfehlung hin. Man halt zwei Grundstücke in der Vermarktung zurück, um nachsteuern zu können, sollte es Parkprobleme geben. Sie teilt mit, der aus dem Gremium hervorgebrachte Wunsch, Pflanzungen von Kirschlorbeer auszuschließen, werde eingearbeitet.

Stadträtin **Dr. Knoß** bedankt sich, dass ihre Anregung aus dem Bauausschuss, Kirschlorbeer auszuschließen, aufgenommen wurde. Das geplante Wohngebiet sei nicht ungewöhnlich, sondern dies sei die heutige Art zu bauen. Unverständlich finde sie den Widerstand gegen das Wohngebiet aufgrund des angedachten Stellplatzschlüssels. Stark finde sie hingegen, dass die die Fraktion der Freien Wähler von ihrem eigenen Antrag auf Stellplatzerhöhung, nach Erläuterungen von BMin Schwarz, abgerückt seien. Das Wohngebiet müsse nun endlich kommen, Wohnraum müsse geschaffen werden.

Seine Fraktion sei für die Bebauung des Fuchshofareals, teilt Stadtrat **Herrmann** mit. Daher stimme man der Flächennutzungsplanänderung zu. Dem Bebauungsplan hingegen, werde seine Fraktion nicht zustimmen. Dies habe mehrere Gründe. Seit Jahren hören man aus der gesamten Stadt, dass der Parkdruck zu groß sei. Dieses Problem vergrößere man mit dem angedachten Stellplatzschlüssel im Fuchshof. Er erläutert den vorgesehenen Stellplatzschlüssel. Neu sei im Gegensatz zu bisherigen

Bebauungsplänen auch, dass bei einer Stellplatzanzahl mit einer Dezimalstelle kleiner Komma fünf, abzurunden sei. Dies sei eine Änderung zur langgeübten Praxis in Ludwigsburg.

Der im Film erweckte Eindruck, Klimaneutralität könne nur mit möglichst wenig Autos erreicht werden, trüge. Seine Fraktion wolle keine Politik gegen das Auto, sondern klimafreundliche Politik mit dem Auto z.B. mit Elektrofahrzeugen. Man wolle, dass der Einzelne weniger fährt – aber nur, wenn er will und man wolle, dass auch Geringverdiener an der individuellen Mobilität teilhaben können. Man wolle hingegen nicht, dass man auf ein Auto verzichten müsse, weil aufgrund einer falschen Wohnungsbaupolitik keine Stellplätze mehr da seien - auch nicht für klimaschonende Fahrzeuge.

Der ergänzte Beschlussvorschlag sei nur eine „Beruhigungsspielle“. Seine Fraktion sei kompromissbereit, weil man bis zu einer Reduzierung auf einen Stellplatz mitgegangen wäre. Dies sei jedoch die absolute Obergrenze. Er weist darauf hin, dass man den Parksuchverkehr zulasten der umgebenden Quartiere verschärfe. Den vorliegenden Vorschlag halte man für falsch und lehne den Bebauungsplan aus den genannten Gründen ab.

Man habe es sich nicht leicht gemacht, sagt Stadtrat **Remmele**. Man stimme zu, obwohl man nicht ganz glücklich über die Planungen sei. Aber jede weitere Diskussion würde wieder eine Verzögerung bedeuten. Es fehle in Ludwigsburg eine große Zahl an Wohnungen, der Bau solle nicht weiter verzögert werden. Das Parkhaus solle aus seiner Sicht so gebaut werden, dass es bei Bedarf auch aufgestockt werden kann. Nach acht, neun Jahren sei es an der Zeit, Baureife zu schaffen. Wegen der Parkplatzsituation und einer Diskussion um rd. 50 Stellplätzen solle der Fortgang nicht blockiert werden.

Stadtrat **Juranek** führt aus, vom einstigen experimentellen Charakter sei nicht mehr viel geblieben, vor allem in Sachen Parkierung, wo man immer mehr vom einstigen Stellplatzschlüssel von 0,6 abgerückt sei. Es sei aber wichtig, dass das attraktive, gut durchgrünte, verkehrlich hervorragend angebundene Wohngebiet jetzt auf den Weg gebracht werde. Vorgesehen sei ein Wohngebiet, das innenstadtnah und gut an den Nahverkehr angebunden sei.

Die Wohnungsdurchmischung sei nicht bekannt, der durchschnittliche Stellplatzschlüssel liege nach seiner überschlägigen Berechnung etwa bei 0,9. Aufgrund des nun gefundenen Weges, später gegebenenfalls nachzusteuern, so dass man bei einem Schlüssel von ca. 1,0 liege, gebe es nun keinen Grund abzulehnen. Seine Fraktion stimme dem Wohngebiet zu.

Er sehe jeden Tag, was an der Fuchshofschule für ein Verkehr vorherrsche und sei wenig optimistisch für das Wohngebiet, führt Stadtrat **Haag** aus. Er sehe einen „Sieg der Hoffnung über die Erfahrung“, denn auch beim Elternhalt habe sich die Stadt komplett verkalkuliert. Die meisten Eltern würden direkt vor der Schule vorfahren und nicht dort, wo es die Stadt gerne hätte. Aufgrund der zu wenigen Parkplätze, werden aus seiner Sicht die künftigen Bewohner die Wohnstraßen im Umfeld zaparken.

Der Wohnungsdruck sei wichtiger als der Parkdruck, führt Stadtrat **Müller** aus. Der Mensch werde nicht durch das Auto definiert. Es gebe Carsharing und andere Mobilitätsangebote. Er vertraue auf diese Angebote, so dass der Stellplatzbedarf evtl. gar nicht so hoch sein werde. Stellplätze verursachen auch Kosten, gibt er zu bedenken.

Der Wohnpark Fuchshof sei für sie ein Kompromiss zwischen Wohnungsnot und Umweltproblematik, teilt Stadträtin **Kainz** mit. Sie könne beiden Vorlagen zustimmen.

Stadtrat **Dogan** sei mit dem Gesamtkonzept einverstanden, habe aber Bedenken hinsichtlich des Stellplatzschlüssels. Auch könne er nicht nachvollziehen, weshalb mietbegünstigte Wohnungen einen kleineren Stellplatzschlüssel, als normale Wohnungen haben. Eine Quartiersgarage sollte statisch so ausgelegt sein, dass eine Aufstockung möglich ist.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** informiert, im Wohngebiet Hartenecker Höhe gebe es keinen Parkdruck. Im Gegenteil, es seien teils Fahrradbügel auf Stellplätzen montiert worden. Dies liege auch am sehr gut ausgebauten ÖPNV. Vor 12 Jahren hätten die Herstellungskosten für einen Tiefgaragenplatz noch ca. 15.000 € betragen, heute liege der Herstellungspreis lt. BMin Schwarz bei ca. 50.000 €. Man müsse damit rechnen, dass Bürgerinnen und Bürger künftig nicht mehr so viel Stellplätze benötigen, das Geld lieber in ihre Wohnung investieren und alternative Mobilitätskonzepte wählen.

Stadtrat **Herrmann** entgegnet, im Gebiet Hartenecker Höhe sei deshalb kein Parkdruck vorhanden, weil der Stellplatzfaktor dort deutlich über 1,0 liege.

BMin **Schwarz** teilt mit, über den Bedarf an Stellplätzen habe sie mit vielen Bauträgern gesprochen. Mittlerweile seien die Preise für die Erstellung von Parkplätzen so teuer, dass sie gar nicht mehr in vollem Umfang an die Käufer weitergegeben werden können, sondern durch alle Wohnungen querfinanziert werden müssen. Dies betreffe somit auch Sozialwohnungen. Daher müsse eine möglichst passgenaue Stellplatzuntergrenze gefunden werden. Man werde nun im Laufe der Gebietsentwicklung Platz auf zwei Baufelder offenhalten und diese nicht vermarkten, so dass ein Nachsteuern möglich sei. Die Quartiersgarage müsse noch geplant werden. Man werde nach weiteren Möglichkeiten suchen, Stellplätze zu schaffen. Sie glaube, dass das größte Problem beim Parksuchverkehr nicht das Parken der Bewohner sei, sondern das Parken der Sporttreibenden.

Dem könne er sich anschließen, teil OBM **Dr. Knecht**. Es bleibe aber ein „Vorbild-Stadtentwicklungsprojekt mit Wohnen, Grün und Sport“, beiderseits der Fuchshofstraße. Der gestaffelte Stellplatzschlüssel zeige, dass man auch den Bedenken Rechnung getragen habe. Danach lässt OBM **Dr. Knecht** zunächst über die Flächennutzungsplanänderung (Vorlage Nr. 397/22) abstimmen. Anschließend lässt er über den geänderten Beschlussvorschlag zur Vorlage Nr. 365/22 abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt einen Förderantrag (90% Förderquote) für ein E-Lastenradmietsystem im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative NKI einzureichen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 28 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Eisele
- Stadtrat Heer
- Stadtrat Raasch
- Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

BM **Manni** erläutert den Sachverhalt. Er nimmt Bezug auf die Beratung in der Sitzung des Mobilitäts- und Umweltausschuss am 26.01.2023. In dieser Sitzung sei die Einreichung eines Förderantrags bei einem Stimmen-Patt abgelehnt worden und man dachte die Einreichungsfrist für den Förderantrag sei abgelaufen. Aufgrund guter Kontakte des Leiters des Fachbereichs Nachhaltige Mobilität sei eine Fristverlängerungsmöglichkeit gefunden worden. Es gehe zunächst nur darum, sich für die Förderung zu bewerben. Mit dem Fördergeld wären 90 Prozent der Investitionen und der Betrieb gedeckt und ein Teil einer Personalstelle mitfinanziert. Die Hochschule Anhalt und die Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft in Berlin würden über die Nationale Klimaschutzinitiative das Pilotprojekt zum Verleih von E-Lastenrädern wissenschaftlich begleiten. Der **Leiter** des Fachbereichs Nachhaltige Mobilität ergänzt, es gehe um einen quartiersbezogenen Ansatz. Die Lastenräder würden in den Stadtteilen stationiert werden und würden nicht frei herumstehen wie die E-Scooter. Die Einreichungsfrist sei wegen der heutigen Sitzung individuell für Ludwigsburg, bis morgen, verlängert worden.

Stadtrat **Handel** bedankt sich, dass das Thema nochmals im Gemeinderat beraten werde. Das Lastenradmietsystem sei ein kleiner Beitrag zur Klimaneutralität.

Es handle sich um einen Förderantrag mit wenig Inhalt und vielen Fragezeichen, führt Stadträtin **Seyfang** aus. Ihrer Fraktion sei es zu vage, daher werde man mehrheitlich gegen die Vorlage stimmen, auch wenn wieder ein Entrüstungsturm über ihre Fraktion ziehen werde. Manche E-Mails an sie und ihre Fraktion seien aufgrund der ablehnenden Haltung unter die Gürtellinie gegangen, dies sei nicht nachvollziehbar. Sie verbitte sich auch, ihr heutiges Statement mit dem Handy als Video aufzunehmen, dies sei nicht gestattet.

OBM **Dr. Knecht** richtet sich an die Zuhörerinnen und Zuhörer und führt aus, es sei nicht zulässig

Aufnahmen zu machen, auch Zwischenrufe seien nicht zulässig. Er fordert die betreffende Person auf, dies zu unterlassen und das Video zu löschen.

Im Anschluss zeigt sich Stadtrat **Weiss** erfreut über die neue Frist und die erneute Beratung. Dass die Stadt sich um die Förderung bewerbe, sei in Ordnung. Inhaltlich gebe es aber viele Fragen zu dem Projekt, die man vor einer Inbetriebnahme geklärt wissen will. Hierzu habe er einen Fragekatalog zusammengestellt. Es gehe um Fragen zu den Standorten, zu Erfahrungen in anderen Städten, oder ob die Radinfrastruktur für die Lastenräder ausreiche. Ob das Vorhaben wirtschaftlich sinnvoll sei, werde man dann sicher noch gesondert diskutieren.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** bedankte sich ebenfalls für die erneute Beratung. Für ihn stelle sich die Frage, wie tauglich die Radwege für die breiten Gefährte sind. Das Problem bestehe evtl. in der Radinfrastruktur. Das Projekt habe aber Zukunft und könne evtl. dazu dienen Mängel in der Radinfrastruktur zu verbessern.

Stadtrat **Haag** erkundigt sich, ob es eine Bedarfsanalyse gibt. Die bestehenden Verleihsysteme sprächen nicht für eine hohe Akzeptanz.

Aus Sicht von Stadtrat **Müller** ist die Bedarfsanalyse ein Teil des Forschungsprojekts, welches an Land gezogen werden sollte. Die Begleitung durch die Hochschule sei ein wichtiger Baustein.

Stadträtin **Kainz** stimme gerne zu. Nicht Einzelpersonen, sondern Zielgruppen wie Familienzentren, Seniorenheime, Wohngruppen und touristische Einsätze, seien im Blickwinkel. Denkbar sei z.B. eine Fahrradrickscha für die Karlshöhe. Innerhalb der vier Jahre könne evaluiert und gegebenenfalls umgesteuert werden. Es sei eine Chance für die Stadtgesellschaft, das Mobilitätsverhalten neu auszuprobieren.

Es gehe nicht um die Umsetzung, sondern nur um den Förderantrag, stellt Stadtrat **Dogan** fest. Daher stimme er zu. Vor der Umsetzung müssten alle Fragen beantwortet werden.

Stadträtin **Dr. Klünder** erklärt, weshalb sie nicht mit der Mehrheit ihrer Fraktion stimmen werde. Bisher sei sie gegen das Projekt gewesen, nun werde sie sich, auch aufgrund der erhellenden Informationsveranstaltung vom vergangenen Freitag, enthalten. Nicht wegen des Drucks von außen. Es sei einen Versuch wert, auch wenn sich das kaum auf das Klima auswirken werde. Es habe eher einen symbolischen Wert und könne nur ein Versuch bzw. Impuls sein. Sie wolle der Antragstellung nicht aktiv entgegenstehen.

Auf Rückfrage von Stadtrat Link teilt der **Leiter** des Fachbereichs Nachhaltige Mobilität abschließend mit, für die technische Betreuung sei der Anbieter der Räder zuständig. Man wolle einen Fullservice-Vertrag. Wo die Lastenräder aufgestellt und welche Fahrradtypen es sein werden, werde zusammen mit der Hochschulen festgelegt.

Nach erfolgter Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** über die Vorlage Nr. 017/23 Beschluss fassen.

Beschlussvorschlag:

1. Dem Verein „Die Luke e.V.“ wird ab dem Haushaltsjahr 2023 jährlich eine Förderung i.H.v. 10.000 Euro zur teilweisen Finanzierung seiner satzungsgemäßen Arbeit bewilligt.
2. Im Teilhaushalt 41 des Fachbereichs Kunst und Kultur wird jährlich der Betrag i.H.v. 10.000 Euro bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Eisele
- Stadtrat Heer
- Stadtrat Raasch
- Stadträtin Schmidt
- Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Bildungs- und Sozialausschuss am 08.02.2023 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr.465/22 Beschluss fassen.

Beschluss:

1. 2 Teilflächen des Flurstücks 233 in Neckarweihingen (Vorplatz Feuerwehr) mit einer Fläche von ca. 24 m² (Streifen entlang des Grundstücks Flst. 233/1 siehe Lageplan rote Fläche) und die bestehenden 3 Parkplätze östlich des Grundstücks Flst. 233/1 mit einer Fläche von ca. 43 m²- (siehe Lageplan grüne Fläche) werden eingezogen.
2. Die Einziehungsverfügung ist öffentlich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadtrat Eisele
 - Stadtrat Heer
 - Stadtrat Raasch
 - Stadträtin Schmidt
 - Stadträtin Wiedmann

Befangen: - Stadtrat Remmele

Beratungsverlauf:

Zu diesem Tagesordnungspunkt erklärt sich Stadtrat Remmele für befangen. Er rückt vom Sitzungstisch ab und nimmt im Zuhörerraum Platz.

OBM **Dr. Knecht** verweist anschließend auf die Vorberatung im Mobilitäts- und Umweltausschuss am 16.02.2023 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 003/23 Beschluss fassen.

Beschluss:

1. Der Feldweg Flurstück 8345/3, Schelmental in Ludwigsburg mit einer Fläche von 128 m² wird eingezogen.
2. Die Einziehungsverfügung ist öffentlich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadtrat Eisele
 - Stadtrat Heer
 - Stadtrat Raasch
 - Stadträtin Schmidt
 - Stadträtin Wiedmann

Befangen: - Stadtrat Remmele

Beratungsverlauf:

Zu diesem Tagesordnungspunkt erklärt sich Stadtrat Remmele für befangen. Er rückt vom Sitzungstisch ab und nimmt im Zuhörerraum Platz.

OBM **Dr. Knecht** verweist anschließend auf die Vorberatung im Mobilitäts- und Umweltausschuss am 16.02.2023 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 004/23 Beschluss fassen.

Im Anschluss tritt Stadtrat Remmele wieder in die Sitzung ein.

Beschluss:

Gemäß den geltenden Richtlinien zur Bildung von Stadtteilausschüssen wird auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau **Rita Gabele**, Jenischstraße 24/5, 71636 Ludwigsburg
als Mitglied in den Stadtteilausschuss Weststadt berufen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Eisele
- Stadtrat Heer
- Stadtrat Raasch
- Stadträtin Schmidt
- Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

Das Gremium verzichtet auf Sachvortrag und Aussprache. OBM **Dr. Knecht** lässt sogleich über die Vorl. Nr. 025/23 Beschluss fassen.